

stern.de - 15.12.2008 - 16:56

URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/649189.html>

Attentat in Passau:

## Streit um NPD-Verbot



© Uwe Meinhold/ddp

Nach dem Anschlag auf den Passauer Polizei-Chef diskutiert die Politik ein neues NPD-Verbotsverfahren

Von *Tiemo Rink und Mandy Schünemann*

**Nach dem Attentat auf den Passauer Polizeichef Alois Mannichl will der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer nochmals ein Verbot der NPD prüfen. Was sagen die anderen Parteien dazu? Und: Könnte ein Verbot Gewaltakte wie in Passau tatsächlich verhindern?**

Horst Seehofer macht sich in den eigenen Reihen zurzeit keine Freunde: Nach dem Mordanschlag an den Passauer Polizeichef will der bayrische Ministerpräsident ein neues

NPD-Verbotsverfahren prüfen. Der 52-jährige Alois Mannichl wurde am Samstagabend an der Tür seines Privathauses von einem glatzköpfigen Mann mit rechtsextremen Parolen beschimpft und niedergestochen. Das Messer verfehlte nur knapp sein Herz. Innenminister Joachim Herrmann sprach von einer neuen Dimension rechtsextremistischer Gewalt.

Jürgen Gehb, rechtspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, hält von einem erneuten Verfahren jedoch nur wenig. Denn Gehb hat den Misserfolg bereits vor Augen. "Wenn das Verbotverfahren scheitert, kriegen die Leute aus der rechtsextremistischen Szene neuen Aufschub", sagt er im Gespräch mit *stern.de*. "Das ist kontraproduktiv." Zudem habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Selbst wenn das Verbotverfahren Erfolg hätte, ließen sich dadurch Anschläge wie in Passau nicht verhindern. "Schon jetzt ist das Töten von Menschen strafbar, unabhängig ob der Täter mit Stiefel und Glatze oder im Nadelstreifanzug daherkommt", so Gehb. Es sei auch nicht hilfreich, jetzt neue Gesetze zu fordern.

---

### **Messer-Attacke auf Passauer Polizeichef**

---

#### **Mut gegen rechte Gewalt...**



... ist eine gemeinsame Aktion des *stern* und der Antonio-Amadeu-Stiftung. Sie berichtet über Aktionen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Mit der Aktion will der *stern* einen Beitrag für mehr Zivilcourage leisten.

#### **NPD-Verbot "die richtige Idee"**

Anders als Gehb vom konservativen Koalitionspartner denkt die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Lale Akgün über ein neues Verbotverfahren. Im Gespräch mit *stern.de* sagt die Abgeordnete: "Ich war vor einigen Jahren gegen ein NPD-Verbot, mittlerweile bin ich sehr dafür." Die Rechtsextremisten würden das

demokratische System ausnutzen. "Das damalige Verbotverfahren ist an Fehlern gescheitert, die Idee als solche war aber richtig", so Akgün weiter. Vor allem die Infiltration der NPD mit V-Männern hatte im März 2003 dazu geführt, dass das Bundesverfassungsgericht das Verbotverfahren aus Verfahrensgründen einstellte.

---

## Grüne und FDP gegen NPD-Verbot

Um die NPD tatsächlich verbieten lassen zu können, müssten die einzelnen Landesämter des Verfassungsschutzes wohl erst ihre Agenten aus der rechtsextremen Partei abziehen. Der Nachteil: Die Überwachung der Partei wäre - sollte ein erneutes Verbotungsverfahren scheitern - zukünftig wesentlich schwieriger. Auch aus diesem Grund ist Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete der Grünen, im Gespräch mit *stern.de* gegen ein neues Verbotungsverfahren: "Eine Demokratie muss es auch aushalten, dass es Parteien wie die NPD gibt. Die Wähler haben die einfache Möglichkeit, die NPD nicht zu wählen. Damit wäre sie bedeutungslos." Eine neue Debatte um ein NPD-Verbot sei "nicht zielführend". Stattdessen sei es wichtiger, den Handlungsspielraum der Rechtsextremen durch "Bildung und Prävention" immer weiter einzugrenzen.

Gegen ein NPD-Verbot ist auch Max Stadler, Innenexperte der FDP, dessen Wahlkreis in Passau liegt. Er fordert, "dass junge Menschen für die Demokratie und den Rechtsstaat begeistert werden". Außerdem plädiert er dafür, Aussteigerprogramme weiterzuführen. "Jeder einzelne Träger, der aus der Szene herausgeholt wird, ist ein Zugewinn von Sicherheit", so Stadler zu *stern.de*. Unabhängig davon sei es nötig, konsequent gegen rechtsextreme Straftaten vorzugehen. Wenn die Täter gefasst sind, werde das Gerichtsverfahren zeigen, "dass der Rechtsstaat wehrhaft ist". Für Stadler sind die Ereignisse vom Wochenende unbegreiflich. "Die Region hier ist entsetzt", sagt er. Ein NPD-Verbotungsverfahren würde an der Situation aber nichts ändern.

### Mehr zum Thema

Anschlag auf Polizeichef:

**Festgenommene in Passau wieder frei**

Attentat mit Messer: **Neonazi attackiert Passauer Polizeichef**

Attentat auf Polizei-Chef: **Erklärter Feind der Neonazis**

Razzia in Bundesgeschäftsstelle: **NPD-Politiker soll Bundestag getäuscht haben**

Dresden: **Rechtsextreme prügeln sich im Landtag**

### Rechtsextreme Morde nicht neu

Anders als Grüne und Liberale fordert die Linkspartei schon seit längerem ein Verbot der NPD. Als Grundvoraussetzung dafür "müssten zunächst die V-Männer wenigstens aus der Parteiführung der NPD abgezogen werden", sagt die linke Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke zu *stern.de*. Eine neue Qualität rechtsextremer Übergriffe kannte Jelpke, deren eigenes Wahlkreisbüro auch schon öfter Ziel von rechtsextremen Anschlägen war, beim Angriff vom Wochenende jedoch nicht erkennen: "Es hat leider auch in der Vergangenheit immer wieder tödliche Übergriffe von Neonazis gegeben. Ich würde mir wünschen, dass die Erregung genau so groß wäre, wenn Migranten, Behinderte, Obdachlose oder Linke von Neonazis ermordet werden."

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ist prinzipiell für ein neues Verfahren. Allerdings solle der

Aufschrei nicht erst dann kommen, wenn ein neuer Fall bekannt werde. Für Freiburg belegt das Attentat auf Mannichl, dass sich die Opfergruppe verändert hat. "Früher wurde auf Polizisten Rücksicht genommen. Jetzt hat sich die Situation völlig verändert", so Freiberg. "Es stellt sich heraus, dass Polizisten Hauptopfer rechter Gewalt geworden sind." Um Rechtsextreme wirksamer zu bekämpfen, fehle vor allem das Personal.

Artikel vom 15. Dezember 2008

Diesen Artikel bookmarken bei...

